A	STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE.....	3
A.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 410 Baurecht und Denkmalschutz	3
A.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 420 Naturschutz	4
A.3	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 510 Forst	5
A.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 580 Landwirtschaft	6
A.5	Regierungspräsidium Freiburg – Abteilung Wirtschaft, Raumordnung, Bau-, Denkmal- und Gesundheitswesen – Referat 21 als höhere Raumordnungsbehörde.....	6
A.6	Regierungspräsidium Freiburg – Abteilung 4. Straßenwesen und Verkehr, Referat 47.1. Baureferat - Nord	8
A.7	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 83 als höhere Forstbehörde	9
A.8	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau.....	10
A.9	Regierungspräsidium Stuttgart – Kampfmittelbeseitigungsdienst	12
A.10	Regierungspräsidium Freiburg – Abt. 5 Umwelt - Ref. 54.2 Industrie/Kommune.....	12
A.11	Handelsverband Südbaden e.V.	14
A.12	terranets bw GmbH.....	14
A.13	Amprion GmbH	14
A.14	PLEdoc GmbH	14
A.15	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr.....	15
A.16	Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Oberrhein	16
A.17	Gemeindeverwaltungsverband Müllheim-Badenweiler – Bauleitplanung.....	16
B	KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE	17
B.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 430/440 Umweltrecht / Wasser, Boden, Altlasten	17
B.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 450 Gewerbeaufsicht.....	17
B.3	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 470 Vermessung und Geoinformation.....	17
B.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 520 Brand- u. Katastrophenschutz.....	17
B.5	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 540 Flurneuordnung und Landentwicklung .	17
B.6	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 650/660 Untere Straßenverkehrsbehörde und Landkreis als Straßenbaulastträger	17
B.7	Regierungspräsidium Stuttgart – Straßenwesen und Verkehr	17
B.8	Regionalverband Südlicher Oberrhein.....	17
B.9	Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein.....	17
B.10	bnNETZE GmbH.....	17
B.11	Vodafone BW GmbH	17
B.12	Polizeipräsidium Freiburg – Führungs- und Einsatzstab - Sachbereich Verkehr	17
B.13	Vermögen und Bau Baden-Württemberg – Amt Freiburg	17
B.14	Zweckverband Gewerbepark Breisgau.....	17
B.15	Gemeinde Bad Bellingen	17
B.16	Gemeinde Schliengen.....	17
B.17	Regierungspräsidium Stuttgart – Landesamt für Denkmalpflege	17
B.18	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 46.2 Verkehr	17
B.19	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 53.3 Integrierte Rheinprogramm.....	17
B.20	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 56 Naturschutz	17
B.21	Regierungspräsidium Freiburg – Stabstelle für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	17
B.22	Communauté de Communes	17

B.23	Deutsche Telekom Technik GmbH	18
B.24	ED Netze GmbH	18
B.25	Südwestdeutsche Verkehrs-AG	18
B.26	Abwasserzweckverband „Weilertal“	18
B.27	Landesnaturausschutzverbände LNV/BUND/NABU Baden-Württemberg e.V.	18
B.28	Tourismusverein Neuenburg am Rhein	18
B.29	Handwerkskammer	18
B.30	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	18
B.31	Deutsche Bahn AG – DB Immobilien.....	18
B.32	Gemeinde Auggen	18
B.33	Gemeinde Badenweiler.....	18
B.34	Gemeinde Buggingen	18
B.35	Gemeinde Eschbach.....	18
B.36	Stadt Heitersheim.....	18
B.37	Stadt Müllheim	18
C	PRIVATE STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN	18

A STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 410 Baurecht und Denkmalschutz (gemeinsames Schreiben vom 06.04.2020)	
A.1.1	Unter Punkt 2.2 der Begründung wird hinsichtlich der Bestandsnutzung ausgeführt, dass es sich um eine befristet umgewandelte Waldfläche handelt, die in der Vergangenheit als Mülldeponie genutzt wurde und nach Deponieaufgabe nun wieder aufgeforstet werden soll. Es wird verwiesen auf die „Fortschreibung des Konzeptes der Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen zur Oberflächenabdichtung II bis IV der Deponie Neuenburg“ vom 20.01.2016. Wir gehen davon aus, dass es sich bei diesem Konzept um eine sich aus dem für die Mülldeponie ergangenen Planfeststellungsbeschluss ergebende Maßnahme handelt. Zur Klarstellung sollte hierzu noch eine Aussage getroffen werden.	Die Anregung wird berücksichtigt. Zum Verhältnis der Bauleitplanung zur Planfeststellung werden ergänzende und klarstellende Aussagen in die Begründung aufgenommen.
A.1.2	Wir weisen darauf hin, dass die vorliegende Bauleitplanung der vorangegangenen Fachplanung nicht zuwider laufen darf. Wir gehen davon aus, dass die für die Zulassung der Mülldeponie zuständige Planfeststellungsbehörde am Verfahren beteiligt wird und eine Aussage zur Verträglichkeit mit dem Planfeststellungsbeschluss und der erforderlichen Rekultivierungsmaßnahme treffen wird.	Wird zur Kenntnis genommen. Die für die Zulassung der Mülldeponie zuständige Planfeststellungsbehörde – das Referat 54.2 des Regierungspräsidiums wurde am Verfahren beteiligt und hat Stellung genommen. Siehe Ziffer A.10.
A.1.3	Zur Rechtswirksamkeit der Planung bedarf es einer (dauerhaften) Waldumwandlungserklärung der höheren Forstbehörde (vgl. Stellungnahme FB 510 – Forst). Die Änderung des Flächennutzungsplanes könnte somit von uns nur genehmigt werden, wenn zum Feststellungsbeschluss die erforderliche Waldumwandlungserklärung vorliegt. Gleiches gilt für eine Bestätigung / Stellungnahme der Planfeststellungsbehörde in Bezug auf die Verträglichkeit der Bauleitplanung mit dem Planfeststellungsbeschluss.	Wird zur Kenntnis genommen. Die erforderliche Waldumwandlungserklärung wird eingeholt. Die Planung wird generell eng mit den zuständigen Forstbehörden auf Ebene des Landkreises und des Regierungspräsidiums abgestimmt. Ebenso wird die Planung mit der für die Planfeststellung zuständige Behörde, Referat 54.2 beim Regierungspräsidium abgestimmt.
A.1.4	Unter Punkt 2.3 der Begründung wird zur Standortalternativenprüfung ausgeführt, dass der „Standort auf der ehemaligen Mülldeponie als am geeignetsten“ angesehen wird. Diese Aussage lässt zumindest vermuten, dass auch weitere Standorte untersucht wurden, die aber weniger	Es wurden keine weiteren Einzelflächen untersucht, sondern vielmehr wurde unter den aufgeführten Rahmenbedingungen auf der gesamten Gemarkung der Stadt Neuenburg am Rhein eine geeignete Fläche gesucht. • Nutzung von Flächen ohne zusätzlichen oder nur geringem Landverbrauch (Flächenrecyc-

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	geeignet erscheinen. Auch wenn die für den Solar-Strom-Park gewählte Fläche für diese Nutzung aus bestimmten Gründen besonders geeignet oder prädestiniert ist, sollte der Bauleitplan im Wege eines nachvollziehbaren Aktes neben den genannten Auswahlkriterien für Standorte auch noch die untersuchten Alternativen behandeln.	ling) • Verfügbare Flächen, die bereits einer anderweitigen Nutzung unterliegen ohne dass ein Interessenkonflikt mit der bisherigen Nutzung entsteht • Anschluss an die technische Infrastruktur und Verkehrsanbindung • Exponierte Topographie • Keine Verschattung durch vorhandene Gebäude, Bäume oder anderen Bewuchs • Voraussetzungen für die Fördermöglichkeit nach EEG Hierbei gab es keine Flächen, die eine ähnlich gute Eignung aufweisen, wie die ehemalige Mülldeponie, da alle andere Flächen, sofern sie nicht ohnehin im regionalen Grünzug liegen, zu Lasten von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen gegangen wären.
A.1.5	Laut Punkt 3 der Begründung soll neben dem Solar-Strom-Park auch ein Besucherzentrum untergebracht werden. Sollte das Besucherzentrum keinen oder nur einen untergeordneten Bezug zum Solar-Strom-Park haben, ist die gewählte Zweckbestimmung „Flächen für Versorgungsanlagen, Erneuerbare Energien“ ggf. zu ergänzen. Zur Offenlage sollten noch nähere Ausführungen zur Zielsetzung und zum geplanten Spektrum des Besucherzentrums (Bezug zur Zweckbestimmung der erneuerbaren Energien) gemacht werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Das geplante Besucherzentrum soll in engem Zusammenhang mit dem Solar-Strom-Park stehen. Insofern ist der Besucherpavillon ein Teil der Fläche für Versorgungsanlagen mit der Zweckbestimmung „Erneuerbare Energien“. In der Begründung werden hierzu ergänzende Aussagen getroffen. Auch die Festsetzung im Bebauungsplan wird diesbezüglich präzisiert.
A.1.6	Die Begründung ist zu gegebener Zeit auf den Stand der endgültigen Planung unter Berücksichtigung des Abwägungsergebnisses zu bringen.	Die Anregung wird berücksichtigt. Die Begründung wird zu gegebener Zeit auf den aktuellen Stand des Abwägungsergebnisses gebracht.
A.1.7	Wir bitten um weitere Beteiligung am Verfahren und zu gegebener Zeit um Übermittlung einer Ergebnismitteilung zu den von uns ggf. vorgetragenen Anregungen.	Eine weitere Beteiligung wird zugesagt. Zu gegebener Zeit wird das Ergebnis der vorgetragenen Anregungen entsprechend übermittelt.
A.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 420 Naturschutz (gemeinsames Schreiben vom 06.04.2020)	
A.2.1	Im Einvernehmen mit dem Naturschutzbeauftragten nehmen wir zu der 12. Flächennutzungsplanänderung aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes wie folgt Stellung: Für die Errichtung der im Außenbereich nicht privilegierten Freiflächen-Photovoltaikanlage soll im Parallelverfahren der Flächennutzungsplan als Versor-	Wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	gungsfläche mit der Zweckbestimmung „Erneuerbare Energien“ geändert werden. Die vorliegende Standortbegründung ist aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde plausibel. Vorbehaltlich der Ergebnisse der vorgesehenen artenschutzrechtlichen und Natura-2000 Prüfungen ist davon auszugehen, dass trotz der Lage in unmittelbarer Nachbarschaft von Natura 2000 – Schutzgebieten (FFH-Gebiet „Markgräfler Rheinebene von Weil bis Neuenburg“ und Vogelschutzgebiet „Rheinniederung Haltingen - Neuenburg mit Vorbergzone“) die naturschutzfachlichen Belange voraussichtlich im Rahmen des Bebauungsplanes bewältigt werden können. Dem landschaftsplanerischen Steckbrief ist zu entnehmen, dass die Fläche unter Abwägung der prognostizierten Umweltauswirkungen für die Ansiedlung einer Freiflächen Photovoltaikanlage geeignet ist (ggf. mit Auflagen). Diese Bewertung ist aus naturschutzfachlicher Sicht plausibel. Für das geplante Vorhaben ist eine dauerhafte Waldumwandlung und Ersatzaufforstung erforderlich. Als Ersatzaufforstungsfläche sind Ackergrundstücke, Flst. Nrn. 1003 und 1070, Gemarkung Zienken vorgesehen. Hier finden aktuell Abstimmungen mit der unteren Naturschutzbehörde statt.	
A.3	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 510 Forst (gemeinsames Schreiben vom 06.04.2020)	
A.3.1	Das Gelände der ehemaligen Mülldeponie der Stadt Neuenburg befindet sich derzeit im Stadium einer befristeten Waldumwandlung nach § 11 LWaldG. Die Rekultivierungsarbeiten werden derzeit durchgeführt und sind noch nicht abgeschlossen. Der gesamte Bereich von 10,44 ha ist Wald im Sinne des Landeswaldgesetzes Baden-Württemberg. Für die Ausweisung einer Versorgungsfläche mit Zweckbestimmung „Erneuerbarer Energien“ ist daher auf Ebene der Flächennutzungsplanänderung die Erteilung einer Waldumwandlungserklärung nach § 10 LWaldG durch die Körperschaftsforstdirektion notwendig. Aufgrund des Standorts in einer unterdurchschnittlich bewaldeten Region ist als forstrecht-	Dies wird berücksichtigt. Die Antragsunterlagen für eine Ersatzaufforstung werden über die untere Forstbehörde eingereicht.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	licher Ausgleich eine Ersatzaufforstung mit Aufforstungsgenehmigung zwingend notwendig. Die Antragsunterlagen sind über die untere Forstbehörde einzureichen.	
A.3.2	In den Unterlagen wird von unterschiedlichen Flächengrößen für die Photovoltaik-Freiflächenanlage ausgegangen. In der Begründung unter Nr. 1 wird die Fläche mit ca. 1,6 ha angegeben, ansonsten wird die Fläche mehrfach mit 1,92 ha dargestellt. Eine Vereinheitlichung der Flächengröße in den gesamten Unterlagen sollte vorgenommen werden.	Beide Flächenangaben sind richtig. Bei der Fläche mit 1,6 ha handelte es sich um die im Bebauungsplan mit EE1 bezeichnete Fläche auf der Solarmodule aufgestellt werden sollten. Die Flächenangabe 1,92 ha bezeichnete die gesamte Fläche für Versorgungsanlagen also einschließlich der Fläche EE2 die im Bebauungsplan für den Besucherpavillon vorgesehen war. Die Anregung wird aber dahingehend berücksichtigt, dass die Begründung überarbeitet und die Flächenangaben nachvollziehbar dargestellt werden.
A.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 580 Landwirtschaft (gemeinsames Schreiben vom 06.04.2020)	
A.4.1	Gegen die Überplanung und Ausweisung der ehemaligen Mülldeponie auf Gemarkung Neuenburg mit ca. 2,6 ha als Gebiet für einen Solar-Strom-Park bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.4.2	Es werden externe Kompensationsmaßnahmen in einem Umfang von 65.276 Ökopunkte erforderlich, die im späteren bzw. parallelen Bebauungsplanverfahren konkretisiert werden. Folgende Hinweise sollten bei der Planung der Kompensationsmaßnahmen beachtet werden: Bei Festsetzung des Ausgleichs soll darauf geachtet werden, nicht auf landwirtschaftliche Flächen zurückzugreifen bzw. auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen (§ 15 Abs. 3 BNatSchG). Kann dies nicht eingehalten werden, ist die zuständige Landwirtschaftsbehörde gemäß § 15 Abs. 6 NatSchG bei der Auswahl der Flächen frühzeitig, das heißt noch in der Planungsphase, zu beteiligen. Diese Belange sind in die Begründung aufzunehmen und sachgerecht abzuwägen.	Dies wird berücksichtigt. Als externe Maßnahme zur Kompensation des Eingriffs erfolgt die ohnehin zu erbringende Wiederaufforstung auf Teilflächen der Flst. Nrn. 1003 und 1070, Gemarkung Neuenburg am Rhein-Zienken. Die zuständige Landwirtschaftsbehörde wurde zwischenzeitlich beteiligt.
A.5	Regierungspräsidium Freiburg – Abteilung Wirtschaft, Raumordnung, Bau-, Denkmal- und Gesundheitswesen – Referat 21 als höhere Raumordnungsbehörde (gemeinsames Schreiben vom 06.04.2020)	
A.5.1	Zunächst möchten wir darauf hinweisen, dass gemäß Begründungstext mit der 12. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Neuenburg 1,92 ha als Sonderge-	Wird zur Kenntnis genommen. Beide Flächenangaben sind richtig, bei der Flächenangabe 1,92 ha handelte es sich um die im Bebauungsplan als Fläche für Versorgungsanlage festgesetzte Fläche.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	biet für die Errichtung des „Solar-Strom-Parks“ überplant werden. Im Begründungstext zum sich parallel im Aufstellungsverfahren befindenden Bebauungsplan „Solar-Strom-Park“ wird hierzu eine Flächengröße von 2,6 ha aufgeführt. Auch im Hinblick auf die erforderliche Waldumwandlungserklärung sind Planzeichnung und Flächenbilanz der geplanten 12. Änderung des Flächennutzungsplans und der Bebauungsplan aufeinander abzustimmen.	Die 2,6 ha bezeichnen die Größe des Geltungsbereichs des Bebauungsplans, also einschließlich des zur frühzeitigen Beteiligung noch enthaltenen Waldstreifens. Die Flächen haben sich zur Offenlagefassung aber ohnehin verändert, so dass die Flächenangaben überarbeitet werden müssen. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass im wirksamen FNP bereits eine Fläche für Versorgungsanlagen in einer Größe von ca. 10,4 ha enthalten ist. Diese wird nun auf eine Größe von ca. 1,42 ha verkleinert und mit der Zweckbestimmung „Erneuerbare Energien“ versehen. Eine Fläche von ca. 0,5 ha wird als Grünfläche, die übrige Fläche wird gemäß dem Rekultivierungsplan als Fläche für Wald dargestellt. Auch im Bebauungsplan handelt es sich nicht um ein Sondergebiet, sondern um eine Fläche für Versorgungsanlage mit der Zweckbestimmung „Erneuerbare Energien“. Der Bebauungsplan hat zwar einen Geltungsbereich von ca. 1,9 ha, davon sind aber lediglich ca. 1,42 ha als Fläche für Versorgungsanlage festgesetzt. Die restlichen 0,5 ha sind als Grünflächen ausgewiesen. Auf die Darstellung von Waldflächen im Bebauungsplan wurde verzichtet. Somit sind Bebauungsplan und Flächennutzungsplanänderung aufeinander abgestimmt.
A.5.2	Der vorliegende Entwurf der Flächennutzungsplanänderung führt als Zweckbestimmung der geplanten Sondergebietsausweisung „Erneuerbare Energien“ auf. Bauplanungsrechtlich sollte die Zweckbestimmung eines Sondergebiets den vorgesehenen Nutzungszweck so konkretisieren, dass dieser aus ihr erkennbar wird. Mit der 12. Änderung des Flächennutzungsplans sollte somit anstelle eines unbestimmten Überbegriffs „Erneuerbare Energien“ die konkrete Zweckbestimmung der geplanten Nutzung z.B. als „Freiflächenphotovoltaikanlage“ festgesetzt werden.	Dies wird teilweise berücksichtigt. Ausgewiesen wurden Flächen für Versorgungsanlagen mit der Zweckbestimmung „Erneuerbare Energien“. Zur Klarstellung wird dies in der Legende um die Angabe „Fotovoltaikanlagen“ ergänzt.
A.5.3	Das Plangebiet überschneidet sich im südlichen Teilbereich mit dem Vogelschutzgebiet „Rheinniederung Haltingen-Neuenburg mit Vorbergzone“, im Süden grenzt das FFH-Gebiet „Markgräfler Rheinebene von Weil bis Neuenburg“ an. Im Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans wird hierzu lediglich aufgeführt, dass die Verträglichkeit der Planung mit dem Schutzzweck der beiden Schutzgebiete sowie eine mögliche	Wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	artenschutzrechtliche Betroffenheit erst auf Bebauungsplanebene untersucht werden soll. Wir weisen nachdrücklich daraufhin, dass die Genehmigungsfähigkeit einer Flächennutzungsplanänderung voraussetzt, dass der Umsetzung der Planung im weiteren Bebauungsplanverfahren keine unüberwindbaren rechtlichen Vorgaben entgegenstehen. Somit sind die FFH- und SPA-Verträglichkeit und mögliche artenschutzrechtlichen Betroffenheiten im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zur 12. Änderung des Flächennutzungsplans soweit zu untersuchen, dass die Umsetzbarkeit der Planung in der verbindlichen Bauleitplanung sichergestellt werden kann.	
A.5.4	Da die vorliegende FNP-Änderung im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans „Solar-Strom-Park“ erfolgt, können die Kernaussagen der dort vertieft zu untersuchenden Belange des Natur- und Landschaftsschutzes ohnehin ohne Aufwand in den Umweltbericht zur 12. Änderung des Flächennutzungsplans aufgenommen werden.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.5.5	Unter der Voraussetzung, dass die Verträglichkeit der vorliegenden Planung mit dem Schutzzweck des betroffenen FFH- und SPA-Gebiets und mit den Belangen des Artenschutzes gegeben ist, bestehen aus raumordnerischer Sicht keine Bedenken zur vorliegenden Planung.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.6	Regierungspräsidium Freiburg – Abteilung 4. Straßenwesen und Verkehr, Referat 47.1. Baureferat - Nord (gemeinsames Schreiben vom 06.04.2020)	
A.6.1	Die Abteilung 4 (ausgenommen Ref. 46) - Straßenwesen und Verkehr - des Regierungspräsidiums Freiburg als Straßenbaubehörde für Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen nimmt zu dem o. g. Flächennutzungsplan nur Stellung im Hinblick auf Planungs- und Ausbauabsichten sowie zu Belangen der Straßenbaugestaltung im Zuge dieser Verkehrswege. Die BAB A5 liegt östlich des Plangebietes, unsere Belange sind von dem Vorhaben daher berührt. Da der geplante Solar-Strom-Park in ausreichendem Abstand zur Autobahn geplant ist, gibt es keine Einwände und Anregungen zur o.g. Flächennutzungsplanänderung.	Wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.7	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 83 als höhere Forstbehörde (gemeinsames Schreiben vom 06.04.2020)	
A.7.1	In Abstimmung mit der unteren Forstbehörde beim Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald erhalten Sie die forstliche Stellungnahme zu den vorgelegten Planungen. <u>Geltungsbereich Flächennutzungsplan:</u> Das Plangebiet umfasst eine Fläche von insgesamt 10,44 ha, die Flächen sind im geltenden FNP als „Versorgungsanlage“ mit der Zweckbestimmung „Elektrizitätswerk und Müllbeseitigungsanlage“ dargestellt. Die Flächen für die Mülldeponie wurden nach § 11 LWaldG befristet umgewandelt. Der überwiegende Teil der Mülldeponie wurde bereits rekultiviert und wiederbewaldet. Mit der vorgelegten Planung sollen die rekultivierten und bewaldeten Flächen zukünftig als Wald dargestellt werden (8,52 ha). Wir weisen vorsorglich darauf hin, dass die Flächen zwar rekultiviert und wiederbewaldet wurden, dass aber eine Abnahme der Waldflächen noch nicht erfolgt ist. Die Pflege- und Nachbesserungsverpflichtung für die Rekultivierungsflächen bleibt daher bestehen.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.7.2	<u>Geplante Waldumwandlung:</u> Mit der vorgelegten Bauleitplanung soll eine Fläche von 1,92 ha als Versorgungsfläche mit der Zweckbestimmung „Erneuerbare Energien“ dargestellt werden. Grundsätzlich bestehen gegen die Planung auf der ehemaligen Mülldeponie keine forstlichen Einwände. Die Fläche ist befristet umgewandelt und daher noch Wald nach dem Landeswaldgesetz, es bedarf daher im Rahmen der Bauleitplanung (FNP) einer Waldumwandlungserklärung nach § 10 Landeswaldgesetz (LWaldG). Diese ist über die untere Forstbehörde bei der höheren Forstbehörde zu beantragen.	Dies wird berücksichtigt.
A.7.3	Die vorgelegte Abgrenzung (1,92 ha) weicht von der Abgrenzung im Bebauungsplanverfahren (2,6 ha) ab. Die Flächen sind anzupassen. Die Waldumwandlungserklärung wird im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplans erteilt und würde die Fläche im Bebauungsplan somit nicht beinhalten. Auf	Wird zur Kenntnis genommen. Beide Flächenangaben sind richtig, bei der Flächenangabe 1,92 ha handelte es sich um die im Bebauungsplan als Fläche für Versorgungsanlage festgesetzte Fläche. Die 2,6 ha bezeichnen die Größe des Geltungsbereichs des Bebauungsplans, also einschließlich des zur frühzeitigen Beteiligung noch enthaltenen Waldstreifens.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	die entsprechenden Ausführungen in der Stellungnahme zum Bebauungsplan wird verwiesen. Bei Eingriffen in reine Kommunalwaldflächen ist die Körperschaftsforstdirektion für das Waldumwandlungsverfahren zuständig. Sollte eine Waldfläche von mehr als 2 ha in Anspruch genommen werden, ist eine Gremienentscheidung erforderlich.	Die Flächen haben sich zur Offenlagefassung aber ohnehin verändert, so dass die Flächenangaben überarbeitet werden müssen. Die Flächenangaben und Abgrenzungen werden angepasst und aufeinander abgestimmt. Die Fläche in der Offenlagefassung des Bebauungsplans, die einer Waldumwandlungserklärung bedarf (Fläche für Versorgungsanlagen (ca. 1,4 ha) und Grünflächen (ca. 0,5 ha), beträgt ca. 1,9 ha.
A.7.4	<u>Umweltverträglichkeitsprüfung:</u> Für Waldumwandlungen nach § 9 LWaldG über einem Hektar wird eine standortsbezogene UVP nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG Anlage 1 Punkt 17.2) erforderlich. Mit dem Antrag auf Waldumwandlungserklärung ist diese vorzulegen. Als Grundlage ist das Formular EW 13 auszufüllen und mit dem Antrag vorzulegen.	Dies wird berücksichtigt. Zur Waldumwandlung wird eine standortsbezogene Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.
A.7.5	<u>Forstrechtlicher Ausgleich:</u> Nach § 9 Abs. 3 Landeswaldgesetz sind dauerhafte Eingriffe in Waldflächen auszugleichen. In der unterdurchschnittlich bewaldeten Region ist der Ausgleich über Ersatzaufforstungen zu erbringen. Dies wurde in den Unterlagen entsprechend dargelegt. Die Ersatzaufforstung kann im Naturraum 3. Ordnung erfolgen (Oberrhein). Eine Aufforstungsgenehmigung ist vorzulegen. Soweit standörtlich möglich ist eine Aufforstung mit Eiche vorzusehen.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.7.6	Auch im Hinblick die vorgesehenen Erschließungswege und deren Einbindung in die Planung wird ein Abstimmungstermin mit den Beteiligten vor Ort empfohlen, sobald dies wieder möglich ist.	Wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund der weiterhin andauernden Kontaktbeschränkungen fand eine Web-Telefonkonferenz mit allen beteiligten Akteuren statt.
A.8	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (Schreiben vom 26.03.2020)	
A.8.1	Geotechnik Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verant-	Wird zur Kenntnis genommen. Im Bebauungsplan wurde ein entsprechender Hinweis aufgenommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	wortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros. Andernfalls empfiehlt das LGRB die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan: Das Plangebiet befindet sich auf einer ehemaligen Mülldeponie. Auffüllungen sind ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet. Das LGRB geht davon aus, dass sowohl für den Endzustand als auch für die Zwischenbauzustände rechnerische Standsicherheitsnachweise erbracht wurden/werden. Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.	
A.8.2	Boden Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.8.3	Mineralische Rohstoffe Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.8.4	Grundwasser Aus hydrogeologischer Sicht sind zum Planungsvorhaben keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.8.5	Bergbau Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen von bergbehördlicher Seite keine Einwendungen.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.8.6	Geotopschutz Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.8.7	Allgemeine Hinweise Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geo-	Wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	logischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.	
A.9	Regierungspräsidium Stuttgart – Kampfmittelbeseitigungsdienst (Schreiben vom 25.03.2020)	
A.9.1	Aufgrund der ausgedehnten Kampfhandlungen und Bombardierungen, die während des 2. Weltkrieges stattfanden, ist es ratsam, im Vorfeld von jeglichen Bau-(Planungs-)verfahren eine Gefahrenverdachtserforschung in Form einer Auswertung von Luftbildern der Alliierten durchzuführen. Alle nicht vorab untersuchten Bauflächen sind daher als potentielle Kampfmittelverdachtsflächen einzustufen. Seit dem 02.01.2008 kann der Kampfmittelbeseitigungsdienst Baden-Württemberg allerdings Luftbildauswertungen für Dritte, zur Beurteilungen möglicher Kampfmittelbelastungen von Grundstücken auf vertraglicher Basis, nur noch kostenpflichtig durchführen. Diese Auswertung kann bei uns mittels eines Vordrucks beantragt werden. Die dafür benötigten Formulare können unter www.rp-stuttgart.de (→Service →Formulare und Merkblätter) gefunden werden. Die momentane Bearbeitungszeit hierfür beträgt zurzeit mind. 34 Wochen ab Auftragsingang. Der Kampfmittelbeseitigungsdienst verzichtet auf weitere Beteiligung am Verfahren (Einladung zum Erörterungstermin, Informationen über Planänderungen und Übersendung des Planfeststellungsbeschlusses).	Wird zur Kenntnis genommen. Die Mülldeponie ist lange nach Ende des Krieges in den 70er Jahren entstanden. Durch die Aufschüttungen im Rahmen der jahrelangen Deponienutzung ist die Gefahr, die von Kampfmitteln im Plangebiet ausgehen könnte, als sehr gering einzuschätzen. Bauarbeiten im Plangebiet werden an der Oberfläche des Deponiehügels stattfinden, um die Rekultivierung der Deponie nicht zu beeinträchtigen. Es kann also davon ausgegangen werden, dass man durch Bauarbeiten im Plangebiet nicht in die Nähe von potentiellen Kampfmitteln kommen wird. Somit kann auf eine entsprechende Untersuchung auf Kampfmittelbelastung verzichtet werden.
A.10	Regierungspräsidium Freiburg – Abt. 5 Umwelt - Ref. 54.2 Industrie/Kommune (Schreiben vom 16.04.2020)	
A.10.1	Die geplante Änderung betrifft die Oberfläche des Neuteiles der planfestgestellten Deponie Neuenburg, die bis in die 1990er Jahre der Müllablagerung diente und sich zurzeit noch in der Stilllegungsphase befindet. Die Planfeststellung für	Dies wird berücksichtigt. Die Begründung wird entsprechend angepasst. Die Deponienutzung (Entgasung, Sickerwasserfassung und -ableitung, Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen usw.) hat weiterhin Vorrang. Genaueres soll in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen der Abfallwirt-

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	die Deponie, zuletzt geändert durch die Plangenehmigung des Regierungspräsidiums Freiburg vom 24.04.2009, hat auch über das Ende der Stilllegungsphase hinaus weiterhin Bestand, da die Deponie nicht, wie in Nr. 2.2 der Begründung zur 12. FNP-Änderung ausgeführt, aufgegeben werden kann. Derzeit stehen die mit der genannten abfallrechtlichen Plangenehmigung des Regierungspräsidiums zugelassenen Arbeiten zur ordnungsgemäßen Stilllegung der Deponie kurz vor dem Abschluss. Kern der Stilllegungsmaßnahmen ist die Errichtung eines Oberflächenabdichtungssystems zur Verhinderung einer Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit. Bestandteile des Oberflächenabdichtungssystems sind nicht nur die ausgeführten dichtenden und der Entwässerung dienenden Schichten, sondern auch die Rekultivierungsschicht und - insbesondere auf den Böschungsfächen - auch die mit der Plangenehmigung festgelegte Art des Bewuchses. Nach Abschluss dieser Maßnahmen beginnt die jahrzehntelange Nachsorgephase, in welcher der Deponiebetreiber weiterhin die aktive Entgasung des Deponiekörpers und die Sickerwasserfassung und -ableitung aufrecht zu erhalten und eine Vielzahl von Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen durchzuführen hat. Die zukünftige Nutzung der Deponieoberfläche hat deshalb hinsichtlich Umfang und Art so zu erfolgen, dass diese abfallrechtlich unabdingbaren Aufgaben und die Funktionsfähigkeit der technischen Einrichtungen und des Oberflächenabdichtungssystems nicht beeinträchtigt werden. Zur Vermeidung von Interessenskonflikten ist eine enge Abstimmung mit dem Betreiber der Mülldeponie und dem Regierungspräsidium Freiburg als Genehmigungsbehörde für die Deponie erforderlich. Die Abfallwirtschaft Breisgau-Hochschwarzwald (ALB) als Betreiber der Deponie Neuenburg erhält eine Kopie dieses Schreibens.	schaft des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald (ALB) als Deponiebetreiber der Stadt Neuenburg am Rhein als Grundstückseigentümerin und dem Betreiber des Solarparks festgelegt werden. Somit können Interessenskonflikte vermieden werden.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.11	Handelsverband Südbaden e.V. (Schreiben vom 06.04.2020)	
A.11.1	Aus den Unterlagen geht hervor, dass eine ehemalige Mülldeponie in einen Solarpark umgewandelt werden soll, wobei im Bereich EE 2 ein Pavillon als Besucherzentrum errichtet werden soll. Grundsätzlich sind durch dieses Vorhaben Belange, die vom Handelsverband zu vertreten sind, nicht tangiert. Wir gehen davon aus, dass es sich bei diesem Pavillon nur um eine Kleinstfläche handelt, dass ausschließlich für die Besucher sowohl Gastronomie- wie auch Handelsangebot anbietet.	Wird zur Kenntnis genommen. Es handelt sich im Wesentlichen nur um einen Informationspavillon, der vor allem Schulklassen über die Erzeugung erneuerbarer Energien informieren soll. Es sind weder gastronomische Angebote noch Handelsflächen vorgesehen oder zulässig. Dies ist jedoch nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanänderung.
A.12	terraneis bw GmbH (Schreiben vom 27.02.2020)	
A.12.1	Wir bedanken uns für die Beteiligung an der oben genannten 12. Änderung des Flächennutzungsplanes und teilen Ihnen mit, dass Leitungen und Anlagen unseres Unternehmens von den Änderungen nicht betroffen sind. Im räumlichen Geltungsbereich des gesamten FNP liegen Anlagen der terraneis bw GmbH. Sollten der räumliche Geltungsbereich geändert werden und sonstige Auswirkungen auf die Anlagen der terraneis bw GmbH nicht auszuschließen sein, bitten wir um erneute Beteiligung.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.13	Amprion GmbH (Schreiben vom 03.03.2020)	
A.13.1	Im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens. Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor. Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.14	PLEdoc GmbH (Schreiben vom 28.02.2020)	
A.14.1	Wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maß-	Wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	nahme nicht betroffen werden: - Open Grid Europe GmbH, Essen - Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen - Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg - Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen - Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen - Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund - Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen - GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen (hier Solotrassen in Zuständigkeit der PLEdoc GmbH) - Viatel GmbH (Zayo Group), Frankfurt	
A.14.2	Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden. Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren. Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht. <u>Achtung:</u> Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.	Dies wird berücksichtigt. Eine zusätzliche Beteiligung erfolgt im Rahmen der Offenlage.
A.15	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (Schreiben vom 27.02.2020)	
A.15.1	Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr nicht berührt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.16 Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Oberrhein (Schreiben vom 06.04.2020)		
A.16.1	Durch das oben genannte Vorhaben bin ich in der Wahrnehmung meiner Aufgaben nicht betroffen. Hinweis: Durch den 12. Flächennutzungsplan dürfen keine Flächen des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamts Oberrhein überplant werden. Sie dürfen höchstens nachrichtlich übernommen werden.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.17 Gemeindeverwaltungsverband Müllheim-Badenweiler – Bauleitplanung (Schreiben vom 05.03.2020)		
A.17.1	Bauleitplanerische Belange des Gemeindeverwaltungsverbandes Müllheim-Badenweiler sind durch den o.g. Bebauungsplan nicht berührt. Sofern sich keine bauplanungsrechtlichen Änderungen im weiteren Verfahren ergeben, ist eine weitere Beteiligung des Gemeindeverwaltungsverbandes Müllheim-Badenweiler nicht erforderlich.	Wird zur Kenntnis genommen.

B KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

B.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 430/440 Umweltrecht / Wasser, Boden, Altlasten (gemeinsames Schreiben vom 06.04.2020)
B.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 450 Gewerbeaufsicht (gemeinsames Schreiben vom 06.04.2020)
B.3	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 470 Vermessung und Geoinformation (gemeinsames Schreiben vom 06.04.2020)
B.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 520 Brand- u. Katastrophenschutz (gemeinsames Schreiben vom 06.04.2020)
B.5	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 540 Flurneuordnung und Landentwicklung (gemeinsames Schreiben vom 06.04.2020)
B.6	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 650/660 Untere Straßenverkehrsbehörde und Landkreis als Straßenbaulastträger (gemeinsames Schreiben vom 06.04.2020)
B.7	Regierungspräsidium Stuttgart – Straßenwesen und Verkehr (Schreiben vom 04.03.2020)
B.8	Regionalverband Südlicher Oberrhein (Schreiben vom 24.03.2020)
B.9	Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein (Schreiben vom 18.03.2020)
B.10	bnNETZE GmbH (Schreiben vom 11.03.2020)
B.11	Vodafone BW GmbH (Schreiben vom 07.04.2020)
B.12	Polizeipräsidium Freiburg – Führungs- und Einsatzstab - Sachbereich Verkehr (Schreiben vom 02.03.2020)
B.13	Vermögen und Bau Baden-Württemberg – Amt Freiburg (Schreiben vom 02.03.2020) – keine weitere Beteiligung
B.14	Zweckverband Gewerbepark Breisgau (Schreiben vom 04.03.2020) – keine weitere Beteiligung
B.15	Gemeinde Bad Bellingen (Schreiben vom 05.03.2020)
B.16	Gemeinde Schliengen (Schreiben vom 05.03.2020)
B.17	Regierungspräsidium Stuttgart – Landesamt für Denkmalpflege
B.18	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 46.2 Verkehr
B.19	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 53.3 Integrierte Rheinprogramm
B.20	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 56 Naturschutz
B.21	Regierungspräsidium Freiburg – Stabstelle für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
B.22	Communauté de Communes

B.23	Deutsche Telekom Technik GmbH
B.24	ED Netze GmbH
B.25	Südwestdeutsche Verkehrs-AG
B.26	Abwasserzweckverband „Weilertal“
B.27	Landesnaturausschutzverbände LNV/BUND/NABU Baden-Württemberg e.V.
B.28	Tourismusverein Neuenburg am Rhein
B.29	Handwerkskammer
B.30	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
B.31	Deutsche Bahn AG – DB Immobilien
B.32	Gemeinde Auggen
B.33	Gemeinde Badenweiler
B.34	Gemeinde Buggingen
B.35	Gemeinde Eschbach
B.36	Stadt Heitersheim
B.37	Stadt Müllheim

C PRIVATE STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN

Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern sind nicht eingegangen.